



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

1. Paderborner Forum

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

im Brunnschen Konzept "eine entscheidende Rolle spielen" (siehe 'Hausmitteilung' Nr. 14), wissen die Betroffenen seit dem Amtsantritt der Ministerin. Daß für die Ministerin eine Weiterführung der Öffnungspolitik "untrennbar mit der kontinuierlichen Förderung des Ausbaus der Gesamthochschulen verbunden" ist, mag so gehört nicht überraschen, stimmt jedoch die Adressaten erst dann froh, wenn dem verbalen Goodwill Konkretes folgt. Die Gesamthochschulen sind, was die Einlösung finanzieller Versprechen angeht, gebrannte Kinder ihres bildungspolitischen Ziehvaters. Die Tatsache, daß etwa die Paderborner Uni-GH ihre zweite Aufbauphase nicht wie vorgesehen hat abschließen können (obgleich dies während der zehnjährigen Gründungsphase geschehen sollte), stimmt die Betroffenen nachdenklich. Frau Brunn weiß das. Sie selber macht z.B. auf die noch nicht hinreichende Ausstattung, vor allem der Ingenieurwissenschaften, aufmerksam und verspricht Abhilfe.

In der Forschungspolitik setzt die Ministerin u.a. auf die Förderung von Zukunftstechnologien, auf jene, die der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom Juni letzten Jahres aufgelistet hat. Demnach soll in den nächsten Jahren den Paderborner Professoren finanziell unter die Arme gegriffen werden, die sich mit der Informatik, der Robotertechnik, der Klebertechnik und der Umweltforschung belassen. Allesamt finden diese Fachgebiete ausdrückliche Erwähnung in

der Erklärung der Ministerin. Aber man sollte sich erinnern: schon vor gut einem Jahr wurde, vom damaligen Wissenschaftsminister Dr. Krumsiek, den Chemikern Geld für die Einrichtung eines Umweltlabors versprochen, die Schaffung eines Schwerpunkts 'Umweltanalytik' war und ist offizielles Programm der Landesregierung. Was bislang nicht ankam; Geld aus Düsseldorf.

Den Informatikern weiß sich die Ministerin besonders verbunden. Nicht nur die Forschungsaktivitäten in Kooperation mit der Nixdorf Computer AG sollen weiterhin durch das Land

"nachhaltig unterstützt" werden, auch die Qualität der Ausbildung in diesem "zukunftsträchtigen Fach" soll gewährleistet und die Kapazitäten weiter ausgebaut werden. Einen Numerus Clausus darf es, so Brunn, nicht geben. Die Informatiker dürften der Ministerin Wollen und Handeln mit Argusaugen verfolgen. Wie sagt die Ministerin doch an anderer Stelle: "Mit großen Haushaltszuwächsen ist nicht zu rechnen. Um so mehr wird es darauf ankommen, daß die politisch vorrangigen Aufgaben auch ihre haushaltsmäßige Würdigung finden."

1. Paderborner Forum für Wissenschaft-Arbeit-Gesellschaft

Ein klares Jein zur Technikentwicklung

Paderborn (ghp). Als ein "Experiment der Öffnung der Hochschule für die Interessierte Öffentlichkeit"

bezeichnete die Wissenschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Anke Brunn, das '1. Pader-



Prof. Dr. Arno Klönne (am Rednerpult) erläuterte die Zielsetzungen des 1. Paderborner Forums für Wissenschaft-Arbeit-Gesellschaft

borner Forum für Wissenschaft, Arbeit, Gesellschaft', zu dem sich am 3. Oktober rund 120 Teilnehmer in der Uni-Mensa eingefunden hatten. Das Für und Wider der Technikentwicklung in der hochindustrialisierten Gesellschaft und die Verantwortung sowohl des einzelnen als auch der organisierten Gruppen wie etwa Wissenschaftler, Gewerkschaftler, standen im Mittelpunkt des 1. Forums.

Frau Brunn, Schirmherrin des gemeinsam von der Friedrich-Ebert - Stiftung und der Kooperationsstelle Wissenschaft - Arbeit - Gesellschaft (KoWAG) am Fach Soziologie der Uni-GH veranstalteten Forums, brachte das Thema des Abends mit einer Frage auf den Punkt: "Ist Massenarbeitslosigkeit, zunehmend Umweltzerstörung und steigendes Gefährdungspotential eine naturnotwendige Folge des technischen Prozesses, den man früher optimistisch 'technischen Fortschritt' nannte?" Nicht alles, was technisch machbar sei, sei auch gesellschaftlich wünschenswert, warnte die Ministerin. Mit Hinweis auf das von der Landesregierung initiierte Programm 'Sozialverträgliche Technikgestaltung' richtete sie an das überwiegend mit Hochschulangehörigen besetzte Auditorium den Appell, die Arbeitnehmer, die von der Technikentwicklung betroffen sind, durch Partizipation und Argumentation aktiv in den Prozeß der Technikgestaltung einzubeziehen.

Existieren überhaupt, fragte eingangs der Paderborner Soziologe Prof. Dr. Arno Klönne in die Runde, im politischen System der

Bundesrepublik wissenschaftliche Instanzen, die die Folgen der technologischen Entwicklung abschätzen? Gibt es einen Grundkonsens über die Sozialverträglichkeit der Technikentwicklung und wer definiert ihn?

In Rede und Gegenrede waren Dr. Rolf Berger, Geschäftsführer des Instituts für Betriebsorganisation und Informationstechnik (InBIT), und Dr. Otto Ullrich, Soziologe und Ingenieur an der TU Berlin, angetreten, Klarheit in der Sache zu schaffen. Berger, die Technikentwicklung als emanzipatorische Chance verstehend, wertete diese Entwicklung als eine Möglichkeit der Befreiung des Menschen aus einer Naturverhaftung. Nicht Freiheit statt Technik, faßte Berger zusammen, sondern mehr Freiheit durch verantwortete Technik heiße die Parole. Jede Technik-Verhetzung mystifiziere die Sachauseinandersetzung und helfe den Demagogen, nicht jedoch der Demokratie. Zielgerichtete und verantwortete Technikentwicklung dürfe allerdings nicht in der Anonymität versinken, sondern müsse vielmehr in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Wobei, so Berger, die Risikoabschätzung deutlicher als bisher herausgearbeitet werden soll. Als untauglich bezeichnete Berger alle Versuche, "Vorfahrtsregeln für das Denken aufzustellen, Vorfahrtsregeln beim Handeln" hingegen seien sinnvoll.

Ullrich verwarf in seiner Kritik an der Technikentwicklung, in der er neue Tendenzen zur Abhängigkeit ausgemacht hat, den eingeschlagenen Weg der modernen Gesellschaft als auf

einem "Fortschrittsmythos" aufgebauten und vermeintlichen "Schleichweg ins Paradies". Eine steigende Kriegsgefahr, die Irreparable Zerstörung der Erde, die Ausrottung vieler Lebensarten und die psychischen Leiden in einer hochtechnisierten Arbeitswelt pflasterten diesen Weg. Die Anwendung der neuen Technologien für Ullrich ausschließlich "Rationalisierungstechnologien", führten in einen "zwanghaften Produktionswahn". Letztlich diene dieser nur der "informationellen Machtausübung" weniger Großkonzerne, so Ullrich. Seine Forderung: Anstelle technologischer Innovationen müssen Sozialinnovationen gefördert werden. Die einzige Chance hin zu einer Demokratisierung der Technikentwicklung sieht Ullrich in der Neuorganisation des Wissenschaftsbetriebs. Schon heute, gab der Soziologe zu bedenken, sei das Zerstörungs- und Herstellungswissen weitaus größer als das Verantwortungs- und Prognosewissen der an diesem Prozeß unmittelbar Beteiligten.

Mochten die beiden Referenten den Diskussionsgegenstand auch noch so unterschiedlich werten und bewerten, in zwei Dingen waren sie sich einig: die Technikentwicklung muß demokratisch kontrolliert werden und, daraus abgeleitet, politisch verantwortet werden. Wie dies umgesetzt werden könnte, wie das Problem des Zugewinns an Partizipation und Kompetenz in den Sachproblemen gelöst werden könnte, welche wissenschaftlichen Instanzen und Instrumente über die Sozialverträglichkeit der technischen Entwick-

lung befinden könnten, welche Kriterien letztlich eine demokratische Kontrollierung garantierten, all diese aus dem Publikum vorgetragene Fragen konnten die Referenten nur unzureichend beantworten. Ullrichs Alternative als Kontrollinstanz: das Bundesumweltamt bzw. die Enquete-Kommission 'Technologiefolgeabschätzung'. Bürgerinitiativen, Parteien und die Legislative bot Berger an. Daß es die Hochschulen seien könnten, wie Diskussionsleiter Prof. Dr. Karl-Peter Grottemeyer, Rektor der Uni Bielefeld, den Referenten nahelegen wollte, die ihre Rolle als verfaßte Wissenschaft in einer viel größeren "Totalität" wahrnehmen sollten, akzeptierten beide nicht. Berger bezweifelte grundsätzlich das Vorhandensein einer interdisziplinär arbeitenden Wissenschaft. Ullrich wollte die Hochschulen gänzlich neu organisiert sehen, andernfalls liefere hier gar nichts.

Bemerkungen zum
Paderborner Forum

Aller Anfang ist schwer

Paderborn (ghp). Rezepte, da waren sich die Kontrahenten im Streit einig, Rezepte zur Bewältigung der Probleme, die die Technikentwicklung nach sich zieht, können nicht aus dem Ärmel geschüttelt werden. Wer zum 1. Paderborner Forum für Wissenschaft - Arbeit - Gesellschaft kam, um Lösungsvorschläge, gar Handlungsorientierung mit nach Hause zu nehmen, mußte sich enttäuscht sehen.

Keine Antwort auf die Frage, wie denn nun die von allen Seiten herbeigeredete demokratische Kontrolle der Technikentwicklung aussehen soll. Keine Antwort auf die Frage, wer über die Sozialverträglichkeit der Technikentwicklung befinden kann und soll.

Ob das Forum seinen Zweck erfüllen wird, Vertreter der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppe zu einem konstruktiven Gespräch an einen Tisch zu bringen, darf nach den Erfahrungen der ersten Veranstaltung mit einem Fragezeichen versehen werden. Die Wissenschaftler lieben ihre Sprache, hinter der sie sich so schön verstecken können. Die Forderung nach Transparenz in der Sache, die sich das Forum selbst auferlegt, setzt Transparenz in der und durch die Sprache voraus. Mit Wortgewittern der Art "wissenschaftlicher Diskurs muß wissenschaftlich-technische Rationalität entmystifizieren, um kommunikative Kompetenz und somit Partizipation zu ermöglichen", werden Nicht-Eingeweihte in den Regen gestellt.

Da erhob sich aus der Mitte des Plenums der Stadtdirektor aus Recklinghausen und schilderte sein Dilemma. Aufwärts gehe es in seiner Heimatstadt nur mit den Arbeitslosenzahlen. Maschinen verdrängten die Arbeiter. Ein Sportplatz könne heute von zwei, drei Leuten gebaut werden, gestern wurden noch 20 oder 30 gebraucht. Umweltfreundliche Industrieansiedlungen? Er würde jedes Unternehmen mit offenen Armen aufnehmen. Aber da komme niemand auf ihn zu. Immer

mehr junge Erwachsene sähen sich mit Informationstechniken konfrontiert, die sie nicht handhaben, geschweige denn beherrschen können. Emanzipation hin, Abhängigkeit her. Was soll er in seiner Situation tun oder lassen? Die Referenten des Abends blieben ihm eine Antwort schuldig. Das Plenum schwieg still.

Wenn sich das Forum nicht zu einem elitären Diskussions-Zirkel von und für Wissenschaftler entwickeln soll, und das wäre der gut konzipierten und bestens organisierten Veranstaltung zu wünschen, muß sich einiges ändern: kürzere Einführungsreferate, klare Sprache und eine Diskussion, die nicht ausschließlich auf die Referenten ausgerichtet ist, sondern die das Gespräch der Plenumsteilnehmer untereinander in den Mittelpunkt rückt.

Detlev Grewe

Thesen zur
Gesamthochschule

Verhaltener Optimismus

Paderborn (ghp). Am 14. September wurde er 60 Jahre alt: Prof. Dr. Gerhard Rimbach, Rektor der Universität-Gesamthochschule-Siegen. Das Siegener Rektorat lud zu einem kleinen Festakt zu Ehren des Jubilars, der im Amt des Rektors die Geschicke 'seiner' Gesamthochschule von der Stude Null an ununterbrochen mitbestimmt und geprägt hat. Prof. Dr. Günther von Büнау, Prorektor